

Die Friedensnobelpreisträgerin



MONROVIA/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit der Friedensnobelpreisträgerin Ellen Johnson-Sirleaf geht am heutigen Dienstag eine Statthalterin westlicher Interessen als Favoritin in die Stichwahl um die Präsidentschaft Liberias. Bundeskanzlerin Angela Merkel bescheinigt ihr, "beim Wiederaufbau des Landes Großartiges geleistet zu haben". Tatsächlich hat Johnson-Sirleaf Liberia umstandslos dem Zugriff internationaler Konzerne auf die mineralischen Rohstoffe geöffnet, von denen der westafrikanische Staat erhebliche Mengen kontrolliert. Unter anderem verfügt er über die wohl größten noch unerschlossenen Vorkommen an Eisenerz. Die Ressourcen werden ausgebeutet, ohne dass die Bevölkerung davon profitieren würde: Liberia gehört nach wie vor zu den ärmsten Staaten der Welt, seine Infrastruktur ist weitgehend zerstört, über 80 Prozent der Bevölkerung können keiner geregelten Erwerbstätigkeit nachgehen. Dessen ungeachtet will jetzt auch Deutschland seine Unternehmen stärker auf dem Rohstoffsektor Liberias platzieren. Hintergrund ist die sich erheblich verschärfende Konkurrenz unter den Industrienationen um wichtige Rohstoffe. Johnson-Sirleaf, die für ihre prowestliche Politik bekannt ist, wird dabei von Berlin unterstützt.

Schwerpunktland

Berlin versucht seit geraumer Zeit, seinen Einfluss in Westafrika auszubauen. Die Region ist vor allem wegen ihrer umfangreichen Rohstoffvorkommen von Bedeutung. Liberia gilt als das Land mit den weltweit größten noch unerschlossenen Vorkommen an Eisenerz, einem für die Stahlindustrie unverzichtbaren Rohstoff. Bis zum Beginn des Bürgerkrieges im Jahr 1989 war es ein Schwerpunktland bundesdeutscher Entwicklungspolitik. Auch deutsche Konzerne hatten dort eine starke Stellung inne. Die deutschen Unternehmen Hoesch, Thyssen und Krupp waren an der Ausbeutung der Bong Range Lagerstätten beteiligt, die 150 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Monrovia liegen; das Projekt wurde in den 1960er Jahren als größte bundesdeutsche Investition nach dem Zweiten Weltkrieg gefeiert. Gegenwärtig ist der deutsche Einfluss in Liberia gegenüber der internationalen Konkurrenz jedoch eher schwach; die "global player" des Bergbaus wie BHP Billiton oder Rio Tinto, aber auch große chinesische Investmentgesellschaften investieren in dem Land seit dem Ende des Bürgerkrieges im Jahr 2003 Milliardenbeträge.

Rohstoffgovernance

Um die deutsche Position in Liberia wieder zu stärken, hat im Mai der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, das Land bereist. Auch der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft intensiviert die Kontakte. Ende Juni organisierte er gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Leipzig sowie dem liberianischen Generalkonsulat einen Workshop unter dem Motto "Liberia - kleines Land mit großem Potenzial". Bei der Veranstaltung ging es darum, deutsche Unternehmen für Investitionen in Liberia zu gewinnen. Die bundeseigene Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist derzeit mit diversen Projekten in dem Land aktiv. Eines davon beschäftigt sich mit "Regionaler Rohstoffgovernance in fragilen Staaten Westafrikas" und umfasst neben Liberia auch Sierra Leone und Côte d'Ivoire. Offiziell heißt es, das Projekt verfolge das Ziel, die

Korruption von staatlichen Stellen und Zwischenhändlern im Rahmen der Rohstoffgeschäfte zu unterbinden - gemäß den internationalen Rohstofftransparenzstandards der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Tatsächlich geht es darum, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die garantieren, dass die staatlichen Einnahmen aus diesen Geschäften produktiv reinvestiert werden - am besten in Partnerschaft mit deutschen Unternehmen (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Die EITI-Standards waren entsprechend ein wichtiges Thema bei der Liberia-Reise des deutschen Entwicklungsministers im Mai. Ihre Erfüllung sei, ließ sich Niebel (FDP) vernehmen, ein "Schritt zur Stärkung der guten Regierungsführung und der Verbesserung des Investitionsklimas".[2]

Wachstum in Deutschland

Mit alledem zielt Berlin nicht nur auf unmittelbare Profite aus der Rohstoffausbeutung und auf die sich daraus ergebenden Folgeinvestitionen, sondern auch auf den nationalen Zugriff auf wichtige Ressourcen. In ihrer 2010 veröffentlichten Rohstoffstrategie konstatiert die Bundesregierung eine global "stark gestiegene Nachfrage nach zahlreichen Rohstoffen" und schlägt Schritte vor, um die politischen und ökonomischen Barrieren zu beseitigen, die mittelfristig eine "gesicherte Rohstoffversorgung" und damit "Wachstum und Beschäftigung in Deutschland" gefährden könnten. Der "Entwicklungs"-Politik schreibt sie eine wichtige Funktion zu: "Rohstoffsicherung bedarf einer engagierten außen- und außenwirtschaftspolitischen Unterstützung sowie entwicklungspolitischer Flankierung."[3] Dass Berlin sich ausgerechnet Liberia zuwendet - einem englischsprachigen Land -, liegt auch daran, dass in den zahlreichen französischsprachigen Staaten Westafrikas die einstige Kolonialmacht Frankreich bis heute eine dominierende Stellung innehat. Die Vertiefung der Beziehungen zu Ländern, die nicht zur sogenannten Frankophonie gehören, ist ein außenpolitischer Hebel für Berlin, Frankreichs Stellung in Westafrika langfristig zu schwächen. Aus diesem Grund hat Deutschland in den letzten Jahren seine Beziehungen nicht nur zu Liberia, sondern auch zu Ghana und Nigeria intensiviert.

Margaret Thatcher Westafrikas

Dabei gilt die gegenwärtige Präsidentin Liberias, Ellen Johnson-Sirleaf, als im Sinne der deutschen Bestrebungen bestens geeignete Staatschefin. Sie entstammt der liberianischen Elite, studierte in Harvard und war in leitenden Funktionen bei verschiedenen internationalen Banken tätig. Unter anderem arbeitete sie für die Weltbank und das UN-Entwicklungsprogramm in Afrika. Seit ihrem Amtsantritt 2005 betreibt sie eine Politik, die eindeutig prowestlich ist und internationale Konzerne begünstigt; in den Medien wird sie gerne als "Margaret Thatcher Westafrikas" bezeichnet. Weil sie die mineralischen Rohstoffe Liberias dem fast ungehinderten Zugriff ausländischer Unternehmen überließ, gewährten ihr die westlichen Gläubiger einen weitreichenden Schuldenerlass. Anlässlich seines Liberia-Besuchs im Mai würdigte Entwicklungsminister Niebel diese Politik mit folgenden Worten: "Präsidentin Johnson-Sirleaf verdient unseren Respekt für die politischen und wirtschaftlichen Reformen und ihren klaren politischen Willen zur Bekämpfung der Korruption."[4]

In den Bürgerkrieg involviert

Heftig umstritten ist Johnson-Sirleaf hingegen im eigenen Land. Ihr werden enge Verbindungen zum früheren Diktator Charles Taylor nachgesagt; sie habe ihn, heißt es, während des Bürgerkriegs jahrelang finanziell unterstützt. Johnson-Sirleaf

bestreitet dies, räumt aber ein, dass sie Taylor 1989 eine Summe von 10.000 US-Dollar zukommen ließ. Die nach dem Bürgerkrieg eingesetzte Wahrheits- und Versöhnungskommission kam 2009 zu anderen Erkenntnissen: Bis weit in die 1990er Jahre soll Johnson-Sirleaf als internationale Koordinatorin für Taylors National Patriotic Party (NPP) tätig gewesen sein. Die Kommission setzte daher die liberianische Präsidentin auf eine Liste mit neunzig Personen, die aufgrund ihrer Verbindungen zu Taylor für die nächsten dreißig Jahre keine politischen Ämter mehr bekleiden sollten. Kurz darauf kündigte Johnson-Sirleaf an, für eine weitere Amtszeit zu kandidieren. Der Wahrheits- und Versöhnungskommission gehörte auch Liberias zweite Nobelpreisträgerin an, die Frauenrechtlerin Leymah Roberta Gbowee, die für ihren Kampf gegen den Bürgerkrieg ausgezeichnet wurde. Sie hat mittlerweile das Land verlassen und lebt in Ghana im Exil.

Im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen am 11. Oktober hat Johnson-Sirleaf mit rund 44 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit verfehlt, obwohl das Nobelpreiskomitee nur vier Tage zuvor, am 7. Oktober, mitgeteilt hatte, sie werde gemeinsam mit Leymah Roberta Gbowee und der jemenitischen Journalistin Tawakkul Karman den diesjährigen Friedensnobelpreis erhalten. Angesichts der Tatsache, dass Johnson-Sirleaf in Liberia wegen ihrer mutmaßlichen Aktivitäten im Bürgerkrieg schwer beschuldigt wird, kann die Verleihung des Preises an sie kaum anders denn als PR-Maßnahme in schwierigen Wahlkampfzeiten verstanden werden. Die Opposition wirft ihr vor, die Stimmenausschüttung manipuliert zu haben. Am heutigen Dienstag muss sie sich in der Stichwahl gegen Winston Tubman vom Congress for Democratic Change (CDC) behaupten. Dabei ist sie auf die Unterstützung des Drittplatzierten des ersten Wahlganges angewiesen, eines früheren Rebellenchefs und berüchtigten Folterers. Allerdings ist unklar, ob der Westen im Falle einer Wahl von Tubman wirklich mit Schwierigkeiten zu rechnen hat: Dieser war vor seiner Kandidatur 20 Jahre lang für die Vereinten Nationen tätig und ist daher im Westen bestens vernetzt.

[1] s. dazu [Rohstoffgovernance](#)

[2] Bundesminister Niebel von Reise aus Liberia zurückgekehrt; www.bmz.de

[3] Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung mit nicht energetischen mineralischen Rohstoffen; www.bmwi.de

[4] Dirk Niebel nach Liberia aufgebrochen; www.bmz.de